

Das deutsch-französische Verhältnis und die schwarze Null

Von Alexander Recht, Köln, a.recht@gmx.de

Hehre Worte ...

Am 07. Mai 2014 hielt Bundeskanzlerin Angela Merkel in Berlin eine europapolitische Rede und sprach folgende Worte:

„Aber wir dürfen nie vergessen: Ein tolerantes, friedliches und freiheitliches Europa muss immer wieder aufs Neue erarbeitet, erhalten, gepflegt und mit Leben erfüllt werden. Wir sind heute einander näher als vor 100 Jahren – in Europa, aber auch in der Welt insgesamt. Wir wissen mehr voneinander, wir kennen uns besser, und wir arbeiten auch intensiver zusammen. (...) Das moderne Europa steht für eine neue Art, bei Dissens und Streit nationale Kurzsichtigkeit hinter sich zu lassen und kooperative Lösungen zu finden. (...) Ich bin davon überzeugt, und das trägt auch all unsere diplomatischen Anstrengungen in diesen Tagen: Die große Chance unseres 21. Jahrhunderts liegt im Miteinander. Die Antwort auf die Globalisierung unserer Zeit sind nicht alte Denkmuster und Abschottung. Die Antwort muss vielmehr sein, gemeinsame Interessen der Nationen und Staaten zu entwickeln. Und gerade darin liegt ja auch für viele Menschen auf der Welt der Reiz Europas.“¹

Zwei Jahre zuvor hielt die Bundeskanzlerin in Reims eine Rede zur deutsch-französischen Freundschaft und fand dabei diese Worte:

„Weit mehr als ein halbes Jahrhundert bestehen Frieden zwischen Deutschland und Frankreich, eine einzigartige deutsch-französische Freundschaft, Frieden und Freiheit in Europa. Letztlich ist das nur ein Wimpernschlag in der Geschichte der Menschheit. Dennoch oder genau deshalb ist und bleibt dies Motor und Antrieb unseres Handelns. Denn Europa ist weit mehr als eine Währung. Unverzichtbar dafür sind die deutsch-französischen Beziehungen. Sie haben die europäische Einigung maßgeblich geprägt und vorangebracht – und zwar gerade auch deshalb, weil sie nicht exklusiv sind. Sie schließen niemanden aus, sondern alle sind eingeladen, um gemeinsam als Partner ein starkes Europa zu schaffen – ein Europa, das auf dem Fundament gemeinsamer Werte ein Hort des Friedens und Wohlstands auch in der Welt des 21. Jahrhunderts seinen Platz selbstbewusst einnimmt. Meine Damen und Herren, ich selbst konnte den Weg der Aussöhnung und Freundschaft bis 1989 nur aus einer erzwungenen Ferne verfolgen – von jenseits des Eisernen Vorhangs, der Deutschland und Europa geteilt hat. Umso mehr empfinde ich es auch persönlich als großes Glück, nicht mehr unbeeilte Beobachterin sein zu müssen, sondern auch selbst an der deutsch-französischen Freundschaft teilhaben und die europäische Einigung mitgestalten zu können.“²

Wer wollte Angela Merkel in ihrer normativen Grundrichtung widersprechen? Ein friedliches Europa und eine von Herzlichkeit geprägte deutsch-französische Freundschaft sind Ziele vieler Menschen in beiden Ländern. Es gibt zahlreiche deutsch-französische Städtepartnerschaften, Kooperationen zwischen französischen und deutschen Schulen, intensive kulturelle Austauschprogramme und mit ARTE einen deutsch-französischen TV-Sender. Es gibt Unternehmen, die in beiden Ländern ansässig sind, und in Fragen von Produktion, Handel und Kapitalverkehr einen hohen Grad an ökonomischer Verflechtung zwischen Frankreich und Deutschland. Legendär sind auch die persönlichen deutsch-französischen Politbeziehungen, die trotz, zuweilen auch wegen politischer Spannungen begonnen und aufrechterhalten wurden. Erinnert sei an das Verhältnis zwischen Briand

und Stresemann, zwischen de Gaulle und Adenauer, zwischen Giscard d'Estaing und Schmidt sowie zwischen Mitterrand und Kohl. Kurzum: Die französisch-deutschen Beziehungen sind nicht nur dem äußeren Anschein nach, sondern tatsächlich in vielerlei Hinsicht besser als in der Vergangenheit und zeichnen sich in zahlreichen Fällen durch freundschaftlichen Charakter aus. Und man möchte hinzufügen: Gut, dass es so ist!

... und der Kontrast zur Realität

Ein anderes ist jedoch die Frage, ob die staatliche Praxis der Bundesrepublik diesem Anspruch nach einem guten deutsch-französischen Verhältnis auch heute noch genügt. Dies ist, wie zu zeigen sein wird, weniger der Fall. Europa als politisches Projekt steht seit mehreren Jahren auf der Kippe, und das deutsch-französische Verhältnis ist aktuell schwer belastet. Die deutsche Regierung wirft der französischen vor, bei ihrem Budget Defizite zu produzieren, und drängt darauf, dass die EU Sanktionen gegen Frankreich verhängt. Natürlich kleidet die deutsche Regierung ihre Forderung nach Sanktionen in eine diplomatische Formulierung, die inhaltliche Schärfe übertünchen soll, doch im Kern lässt sie es an Deutlichkeit nicht vermissen. So stellt Finanzminister Wolfgang Schäuble klar:

„Wir müssen alle dafür sorgen, dass wir uns an die europäischen Regeln halten und dass wir gemeinsam dafür Verantwortung tragen, dass das Wachstum besser wird.“

Dabei bedient die deutsche Bundesregierung alle Regeln der Kunst und spielt mithilfe des deutschen EU-Kommissars für digitale Wirtschaft, Guenther Oettinger, sogar über Bande. Obwohl Wirtschaftspolitik nicht zu seinem Ressort gehört, belehrt Oettinger, vermutlich in Absprache mit der deutschen Bundesregierung, die französische Regierung und schreibt ihr ins Stammbuch:

„Aus diesem Grund ist jede Verschiebung der Deadline, bis zu der Frankreich sein exzessives Defizit korrigieren und dem Stabilitätspakt genügen muss, nur dann akzeptabel, wenn Paris eine klare und glaubwürdige Verpflichtungserklärung zu Reformen abgibt. Ja, einige Schritte wurden bereits getätigt. Aber es waren zu wenige, und sie waren nicht ehrgeizig genug. Daher sollte die Kommission jede Verschiebung der Deadline an das Vorliegen konkreter, messbarer politischer Schritten knüpfen; und sie sollte die Zeitschiene für ihre Umsetzung festlegen.“³

Doch es ist nicht nur diese Arroganz, die verblüfft. Hinzu kommt, dass Oettinger auf diese Weise seinem französischen Amtskollegen, EU-Kommissar Pierre Moscovici, empfindlich in die Parade fährt, denn die Befassung der EU mit den Defiziten der Mitgliedsstaaten fällt in Moscovis Wirtschaftsressort und nicht in Oettingers Digitalressort.⁴

Die Reaktion der EU

Moscovici selber vollzieht angesichts dessen erst einige Tage später einen Tanz auf dem Drahtseil. Er ist zwar selber wirtschaftspolitisch konservativ und unterstützt staatliche Defizitgrenzen, tut dies aber in einem geringeren Umfang, als es bei deutschen Konservativen der Fall ist. Zwar fühlt er sich als EU-Kommissar den wirtschaftsliberalen Vorgaben des EU-Vertragswerks verpflichtet und reagiert auch auf den Druck aus Deutschland, aber er ist auch Franzose, der nationale Interessen berücksichtigt. Was herauskommt, ist eine „sowohl als auch“-Position. Frankreich wird als Problemkind benannt, ein wenig getadelt und angezählt, aber noch nicht endgültig verurteilt. Vielmehr wird ihm Zeit eingeräumt, aber dies wird mit dem repressiven Appell der EU verknüpft, dass in dieser Zeit wirtschaftsliberale Reformen in Frankreich einzuleiten seien.

„Das Ergebnis unserer Analyse ist eindeutig. Von den 16 Ländern, zu denen wir im Hinblick auf die Budgetpläne 2015 Stellung beziehen mussten, weisen sieben das Risiko einer Nichteinhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes im Jahre 2015 auf: Belgien, Spanien, Frankreich, Italien, Malta, Portugal und Österreich. Was insbesondere Frankreich, Italien und Belgien betrifft, haben wir uns entschieden, keine übereilten Beschlüsse zu fassen, die nach Veröffentlichung der definitiven Kennzahlen für 2014 in Zweifel gezogen werden könnten. Die Kommission wendet die Regeln strikt an. Wir gehen aus politischen und ökonomischen Gründen davon aus, dass es gerechtfertigt ist, sich Zeit zu geben. Aber, Achtung, diese Zeit darf keine verlorene Zeit, nicht umsonst sein. Sie muss dazu genutzt werden, die Anstrengungen zu präzisieren, damit die Dinge von heute an bis März voranschreiten. Anfang 2015 werden wir die Qualität des Wirtschaftsjahres 2014 [das zum Abschluss gebracht sein wird] sowie die detaillierten Dokumente prüfen, die wir noch erwarten im Hinblick auf die Strukturreformen, die durch die drei Länder angekündigt wurden. Diese Reformen müssen sich positiv auf die Nachhaltigkeit ihrer Budgets für 2015 auswirken. Sagen wir es unmissverständlich, die Kommission wird nicht zögern, ihren Verpflichtungen nachzukommen.“⁵

Frankreich wird also noch etwas Zeit gewährt, aber auch wenn die Drohung der EU verhohlen daherkommt, ist sie doch spürbar. Erwartet werden wirtschaftsliberale Strukturreformen, und dies liegt ganz im Interesse der deutschen Seite.

Die Reaktion Frankreichs

Dass die französische Regierung angesichts des deutschen Drucks und der Vorgaben der EU alles andere als amüsiert ist, kann wohl kaum verwundern. Es ist jedoch auch kein überbordender Protest seitens der französischen Regierung zu vernehmen. Offenbar ist es nicht von vornherein ausgemacht, in welche Richtung sich die französische Politik entwickeln wird. Die von der Politik einzuschlagende Richtung hängt vermutlich auch von gesellschaftlichen Mentalitäten ab. Weit davon entfernt, so etwas wie ein französisches oder ein deutsches Gen zu unterstellen, geht es um die Frage, ob die in Frankreich sozialisierten Individuen trotz all ihrer Verschiedenheit nicht politische Mentalitäten entwickeln, die sich von den in Deutschland sozialisierten Individuen unterscheiden.

Das intuitive Bild von Frankreich ist das einer Gesellschaft, deren Nationalstaat schon sehr lange existiert und in der die Französische Revolution mit ihrem Leitspruch „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ gegen den antidemokratischen Absolutismus durchgesetzt wurde. Eine solche Gesellschaft, so das Bild, beherzige das Primat von Politik und Kultur gegenüber der Ökonomie und sei bereit, der technokratischen Unterstellung vermeintlich unvermeidbarer und stets zu befolgender Wettbewerbsimperative die Stirn zu bieten. Ungeachtet aller Unterschiede der französischen Parteien bestehe parteiübergreifend von Gaullisten über Liberale bis hin zu Sozialdemokraten und Kommunisten Konsens, dass demokratische Entscheidungsprozesse nicht zu stark durch Vorgaben der Märkte suspendiert werden dürften und der französische Nationalstaat allzu resolut vorgetragenen Vorgaben durch andere Nationalstaaten oder supranationale Gebilde wie die EU mit Ablehnung begegnen solle. Und ist den Franzosen nicht tatsächlich ein rebellischer Charakter eingeschrieben? War es nicht Camus, der dem „*homme révolté*“ in der absurden Welt ein ganzes Buch widmete? Haben Sartre und Camus nicht dem Kapitalismus eine Absage erteilt und stattdessen für Sozialismus beziehungsweise Anarchosyndikalismus plädiert? War es nicht Pierre Bourdieu, der dem von Deutschland ausgehenden Neoliberalismus unter dem Motto „*Raisons d'agir*“ scharfen Widerstand entgegensetzte und das monetaristische Gebaren der Bundesbank als „*le système Tietmeyer*“ anprangerte? In der Tat, all das ist wahr. Doch so eindeutig ist es nicht – weder historisch noch aktuell.

Bereits historisch wäre zu erwähnen, dass Frankreich nicht nur das Land der bürgerlichen Revolution, sondern auch eines der Länder war, in denen der Absolutismus seine Hochzeit erlebte, welcher zwar im Zuge des Merkantilismus durch starke staatliche Eingriffe geprägt, aber eben auch antidemokratisch war. Die auf den Merkantilismus folgende Epoche der französischen physiokratischen Schule unter Quesnay wiederum half zwar eine politische Ordnung zu etablieren, in der vordemokratischer staatlicher Dirigismus zurückgedrängt wurde, aber zugleich war es ihr vorbehalten, unter dem Motto „*Laissez faire, laissez passer, le monde va de lui-même!*“ anstelle der aristokratisch-theistischen Ordnung einem deistisch fundierten liberalen Kapitalismus mit kaum eingeschränktem Privateigentum an Produktionsmitteln und freien Märkten den Weg zu ebnen. Und Frankreich ist eben nicht nur das Land Babeufs mit der Betonung sozialer Gleichheit, sondern auch das des französischen Außenministers Guizot, der unter Bürgerkönig Louis Philippe die Bereicherungssparole „*Enrichissez-vous!*“ in die Welt setzte.

Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass Teile der französischen Gesellschaft und Politik Deutschlands Ökonomismus nicht nur mit Skepsis, sondern auch mit heimlicher oder offener Bewunderung begegnen. Dies zeigt sich etwa daran, dass der ehemalige französische Präsident François Mitterand nach dem Scheitern seines sozialistischen Experiments 1981 eine Politik des an der DM orientierten starken Francs etablierte. Auch die folgenden französischen Präsidenten und Ministerpräsidenten haben neben Abgrenzung gegenüber Deutschlands Kurs immer auch Respekt für die deutsche Wettbewerbsfähigkeit bekundet – man möchte anfügen: leider zu sehr. Nicht zu vergessen ist, dass auch die französischen Citoyens die deutschen Bürger nicht nur als „*boches*“ bezeichnen, sondern sie für ihre ökonomische Performanz auch respektieren.⁶

Insofern verwundert es gar nicht so sehr, dass die französische Bevölkerung hinsichtlich der europäischen Vorgaben unentschieden ist und dass die aktuelle, sozialdemokratisch geführte französische Regierung unter Premier Manuel Valls schwankt: Einerseits ist es ihr nationalstaatlicher Teilsouveränismus, aus dem sich ihr Widerwille gegen eine unhinterfragte Umsetzung europäischer Vorgaben unter bundesdeutscher Hegemonie speist. Andererseits ist die Regierung Valls offenbar auch dazu bereit, Flexibilisierungen des Arbeitsmarktes durchzuführen, wie sie aus anderen Ländern Europas bekannt sind. Manuel Valls schlägt für Frankreich eine Anlehnung ans dänische Modell der Flexicurity vor, möchte also dem Wortlaut nach Flexibilisierung mit sozialer Sicherheit kombinieren. Er grenzt sich somit verbal vom stärker auf Liberalisierung und Repression setzenden deutschen Modell ab.⁷

Doch schaut man sich die Bekenntnisse an, die Valls in einem Brief⁸ an EU-Kommissionspräsident Juncker offenbart, wird klar, dass die deutsche Interpretation, wie Wirtschaftspolitik zu funktionieren hat, leider bereits zu größeren Teilen ins Repertoire der französischen Regierung Eingang gefunden hat. Valls betont zwar die Notwendigkeit nachfragestützender Investitionsprogramme und einer anti-deflationären Geldpolitik, aber zu seiner Politik gehört eben auch eine neoklassisch inspirierte Fiskal- und Arbeitsmarktpolitik. Zum einen kündigt Valls für die nächsten drei Jahre Einsparungen von 50 Mrd. € an, da er die bisherige Höhe der staatlichen Ausgaben als belastend interpretiert; zum anderen spricht er sich für eine Reduzierung direkter Arbeitskosten und lohnbezogener Sozialversicherungsabgaben sowie für eine Deregulierung des Arbeitsmarktes aus. Dass diese Maßnahmen die Nachfrage gerade nicht stützen, sondern schwächen und die Umsetzung von Investitionsprogrammen erschweren, kommt Manuel Valls entweder nicht in den Sinn, oder aber dies wird von ihm geflissentlich verschwiegen.

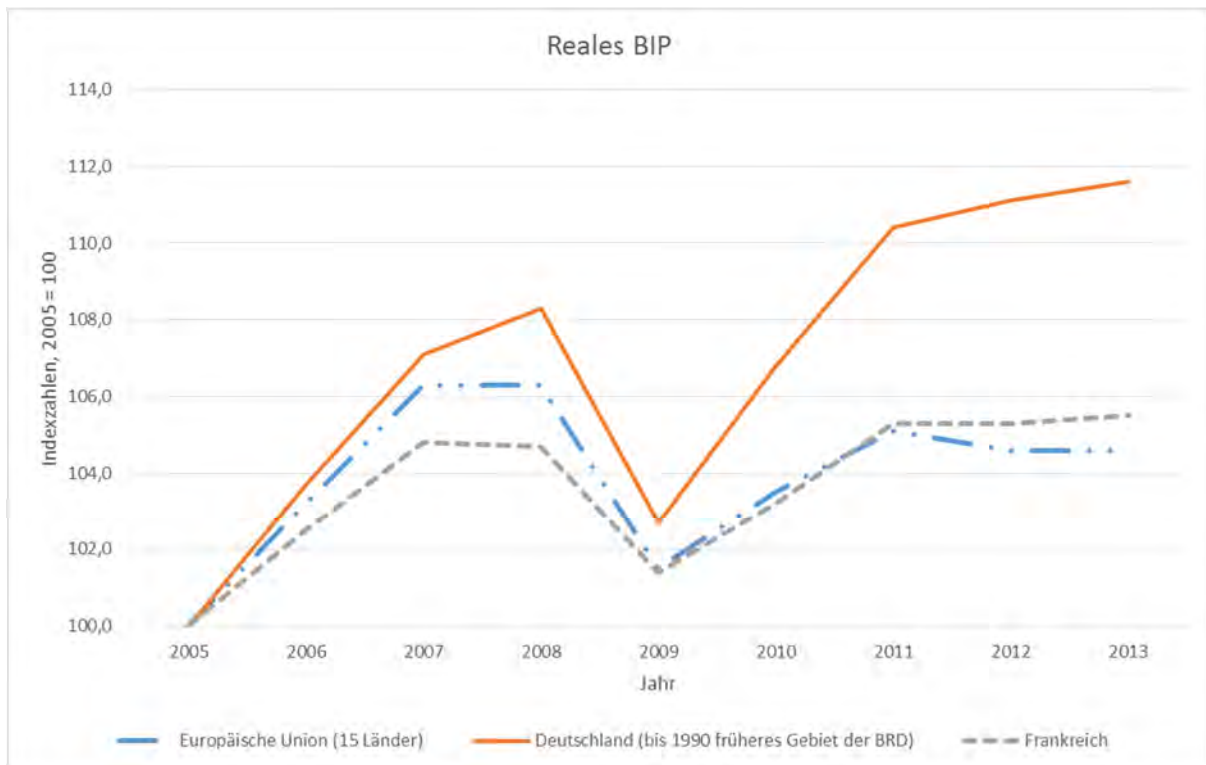
Dass die französische Regierung vor keiner einfachen Aufgabe steht, soll ausdrücklich nicht bestritten werden. Frankreichs Regierung hat tatsächlich mit Wachstums- und Beschäftigungsproblemen sowie Wettbewerbsnachteilen im Verhältnis zu Deutschland zu kämpfen. Außerdem wird sie mit europäischen Vorgaben und Sanktionsandrohungen konfrontiert und sieht sich einer Opposition und Teilen der Bevölkerung gegenüber, die für eine Politik reduzierter Staatsausgaben und niedriger Löhne sowie deregulierter Märkte plädieren. Gleichwohl sind die Zugeständnisse der Regierung Valls an den deutschen, neoklassisch inspirierten Zeitgeist politisch falsch und fatal – seien sie nur der Anpassung an äußeren Druck oder auch eigener Überzeugung der Regierung geschuldet.

Denn sollte Frankreich eine solche Politik aus Austerität und Lohnzurückhaltung betreiben, werden sich die Probleme der EU intensivieren. Verpasst wird überdies die Gelegenheit, Europas Politik aus Angela Merkels Politiklogik zu befreien und einen erforderlichen Kurswechsel einzuleiten. Die These, dass Merkels Politik für die Probleme Frankreichs und der EU mitverantwortlich zeichnet, bedarf einer theoretischen und empirischen Begründung, die im Folgenden umrissen werden soll.

Begonnen wird mit einer komparativen Darstellung des realen BIP-Wachstums, der Wachstumsbeiträge der vier BIP-Komponenten sowie der Beschäftigungslage in Deutschland und Frankreich. Anschließend wird der Blick gerichtet auf die deutsche und französische Entwicklung der Lohnstückkosten und ihrer Bestandteile, nämlich der nominalen Entgelte je Arbeitnehmer und der Erwerbstätigenproduktivität. Im Fortgang werden mögliche politische Ursachen der Divergenzen zwischen der deutschen und französischen Ökonomie diskutiert, wobei die zentrale These vertreten wird, dass die unterschiedliche außenwirtschaftliche Position entscheidend für die Auseinanderentwicklung beider Länder ist. Zur Untermauerung dieser These werden die Finanzierungssalden beider Länder einer Untersuchung unterworfen und in einen argumentativen Zusammenhang gebracht. Zum Abschluss sollen die möglichen Wirkungen der deutschen Politik der schwarzen Null auf Deutschland, Frankreich und Europa skizziert und eingeordnet werden. Der folgende Anhang kann dem geneigten Leser einen formalen Einblick in den Zusammenhang von BIP-Verwendung und Finanzierungssalden geben.

Reales BIP-Wachstum im Vergleich

Fangen wir am mit dem Verlauf des realen BIP. Das reale BIP ist die zu konstanten Preisen bewertete Summe aller im Laufe eines Jahres produzierten Güter und dargebotenen Dienstleistungen. Um Deutschland und Frankreich vergleichbar zu stellen, werden die Werte des realen BIP auf das Jahr 2005 indiziert. Zwischen 2005 und 2008 ist das reale BIP⁹ in Deutschland um gut 8% und in Frankreich um etwa 4,5% gestiegen. Also war eine kleinere disparate Entwicklung bereits vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise zu verzeichnen. Danach kommt es zum Abstieg in beiden Ländern im Zuge der Krise. Ab 2009 bewegen sich die Entwicklungen jedoch noch weiter auseinander. In Deutschland steigt das reale BIP zwischen 2009 und 2013 um 8,7%, in Frankreich hingegen nur um gut 4%.¹⁰

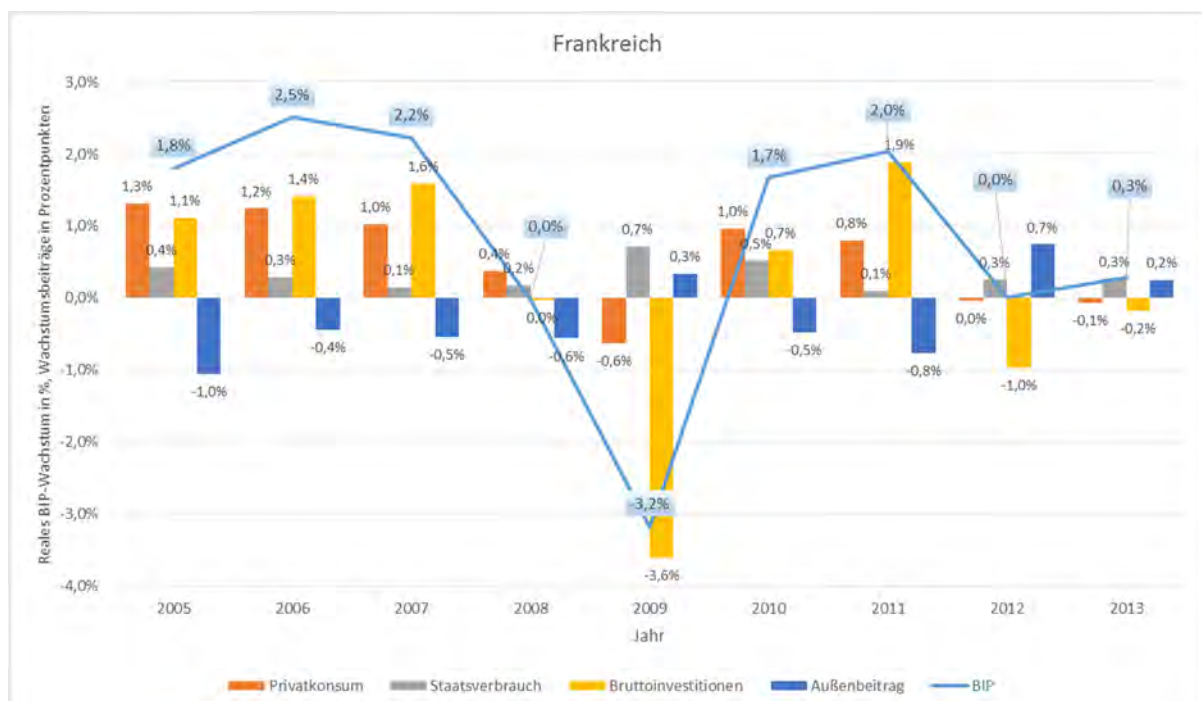
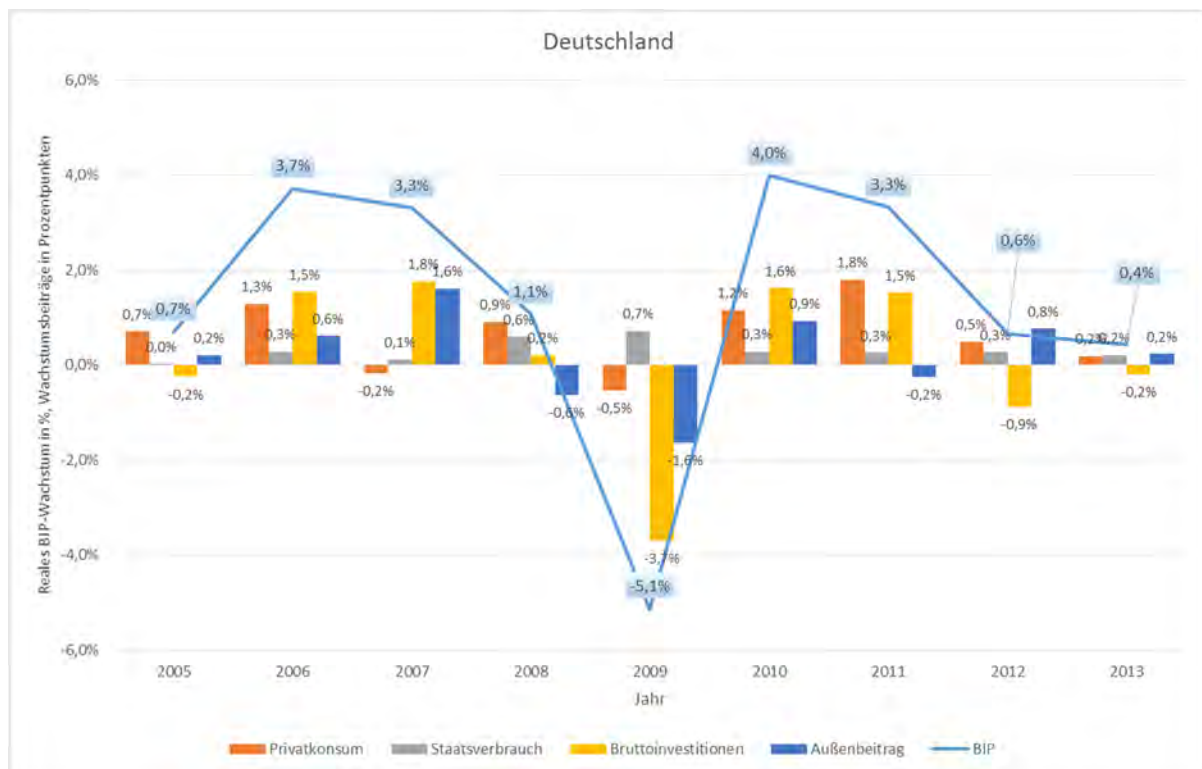


Das Bruttoinlandsprodukt kann nachgefragt und realisiert werden durch Konsum-, Investitions-, Staatsnachfrage oder durch einen Exportüberschuss. Dementsprechend tragen diese vier Komponenten in unterschiedlichem Ausmaß zum preisbereinigten, realen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts bei. In welcher Hinsicht unterscheiden sich in diesem Aspekt Deutschland und Frankreich?

Differenzen zwischen Deutschland und Frankreich beim realen Wachstum und bei den Wachstumsbeiträgen										
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Summe
BIP	-1,1%	1,2%	1,1%	1,1%	-2,0%	2,3%	1,3%	0,6%	0,2%	4,7%
Privatkonsum	-0,6%	0,0%	-1,2%	0,5%	0,1%	0,2%	1,0%	0,5%	0,2%	0,8%
Staatsverbrauch	-0,4%	0,0%	0,0%	0,4%	0,0%	-0,2%	0,2%	0,0%	-0,1%	-0,2%
Bruttoinvestitionen	-1,4%	0,1%	0,2%	0,2%	-0,1%	1,0%	-0,4%	0,1%	0,0%	-0,3%
Außenbeitrag	1,3%	1,1%	2,1%	-0,1%	-2,0%	1,4%	0,5%	0,0%	0,0%	4,3%

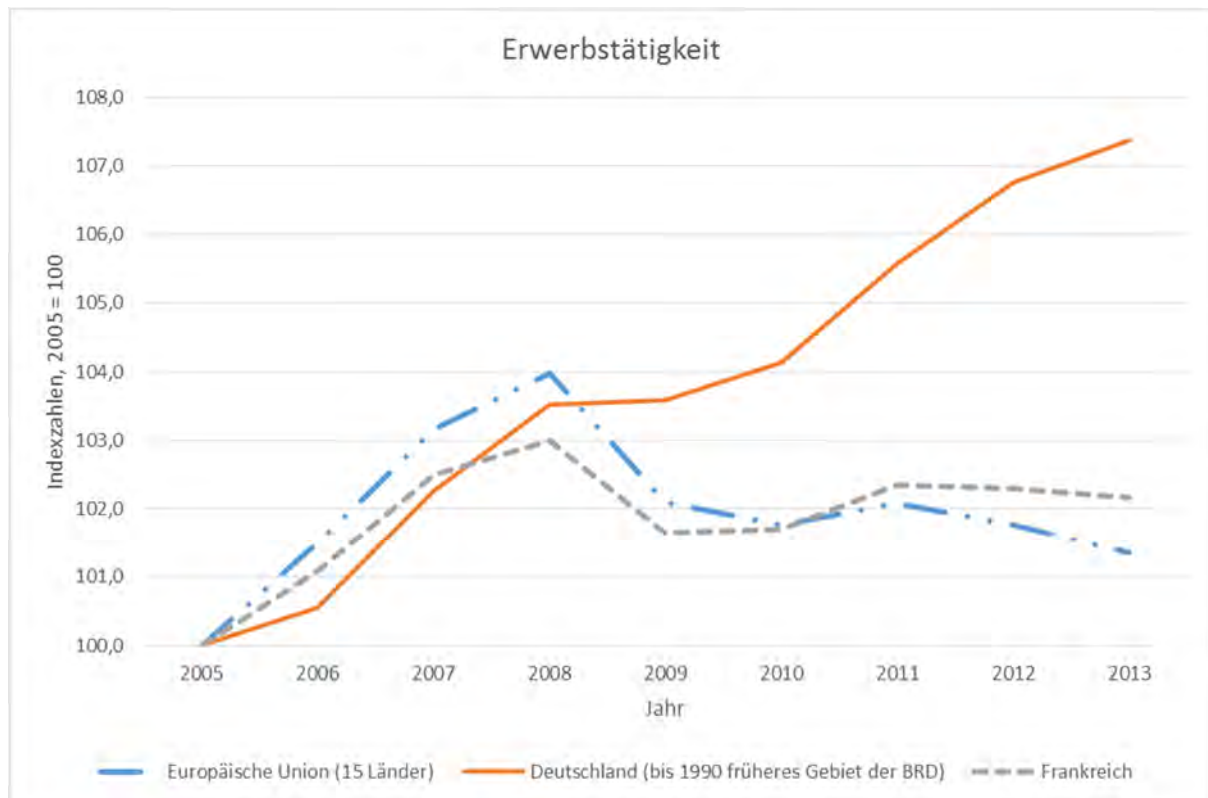
Aufsummiert war das reale Wachstum in Deutschland zwischen 2005 und 2013 um 4,7 Prozentpunkte höher als in Frankreich. Der Wachstumsbeitrag des Konsums war in Deutschland über alle Jahre hinweg um 0,8 Prozentpunkte höher; dabei waren die französischen Wachstumsbeiträge des Privatkonsums vor der Krise höher, die deutschen danach. Beim Staatsverbrauch und den Bruttoinvestitionen gibt es keine großen Unterschiede; Frankreich hat hier knapp stärkere Beiträge in Summe zu verzeichnen.

Signifikant sind aber die Unterschiede beim Außenbeitrag. Hier hat Deutschland als Exportüberschussland – mit Ausnahme des Krisenjahrs 2009, was die Fragilität der deutschen Exportstrategie verdeutlicht – hohe Wachstumsbeiträge zu verzeichnen, wohingegen Frankreich mit negativen Leistungsbilanzen fast immer negative Wachstumsbeiträge zu verzeichnen hat. Diese Unterschiede treten keineswegs erst nach der Krise auf, sondern bereits vorher. Hierin spiegeln sich auch verschiedene ökonomische Entwicklungspfade wider, die sich nicht allein auf durch Märkte gesetzte wirtschaftliche Daten zurückführen lassen. Freilich spielen diese aber eine beträchtliche Rolle, wie vor allem anhand der Bedeutung von Lohnstückkostenentwicklungen gezeigt werden soll.



Beschäftigung im Vergleich

Werfen wir im Weiteren einen Blick auf die Entwicklung der Beschäftigung und konzentrieren uns hierfür auf die Entwicklung der Erwerbstätigkeit, unterscheiden also nicht zwischen lohnabhängig Beschäftigten und Selbständigen. Bis zum Jahr 2008, dem Jahr des Ausbruchs der Weltwirtschaftskrise, verlief die Entwicklung in Frankreich und Deutschland recht einmütig. Doch schon im Jahre 2009 verblieb die Erwerbstätigkeit in Deutschland auf konstantem Niveau, wohingegen sie in Frankreich abstürzte. Ab 2010 dann stieg die Beschäftigung in Deutschland an, während sie in Frankreich nach leichtem Anstieg zuletzt sogar wieder sank.

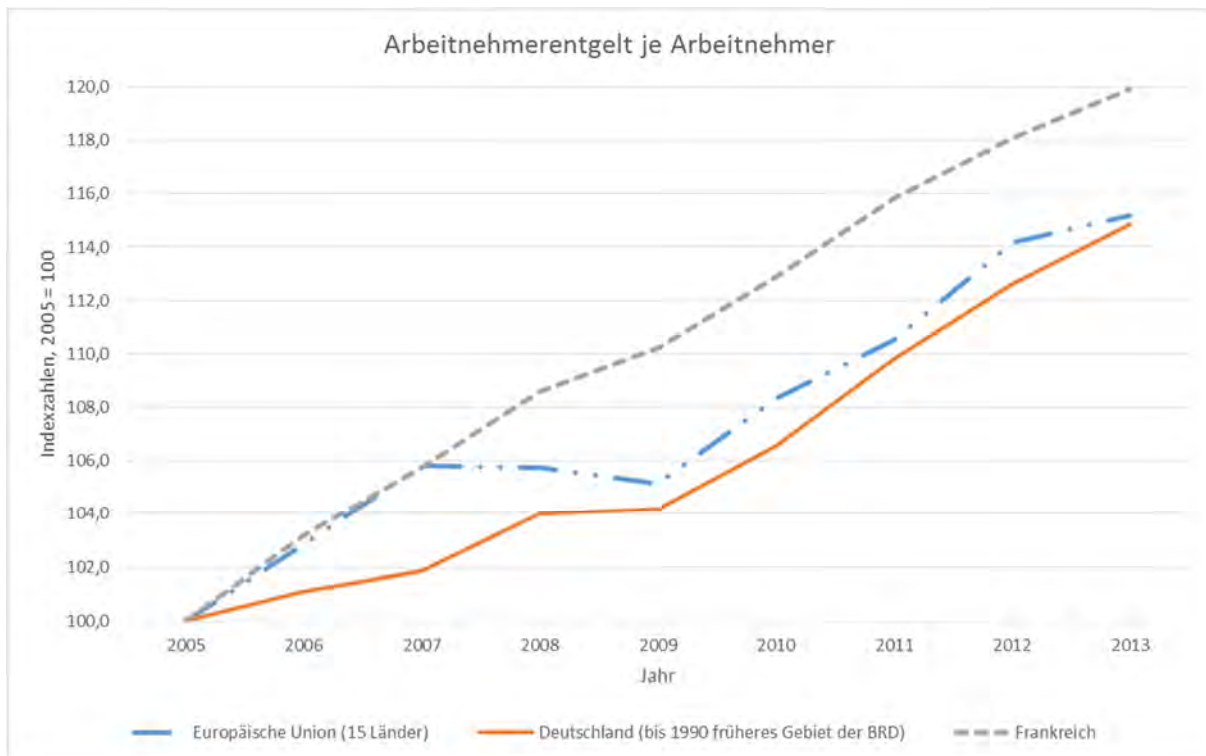


Schaut man auf die Tabelle mit den Wachstumsbeiträgen, ist festzustellen, dass dieser Zuwachs an Beschäftigung ab 2010 in starkem Ausmaß mit dem höheren realen BIP-Wachstum in Deutschland zusammenfällt. Von 2010 an gerechnet, lag das reale BIP-Wachstum um 4,4 Prozentpunkte über jenem in Deutschland, davon entfielen 2,0 Prozentpunkte auf den Konsum und 1,9% auf den Außenbeitrag als gewichtigste Posten.

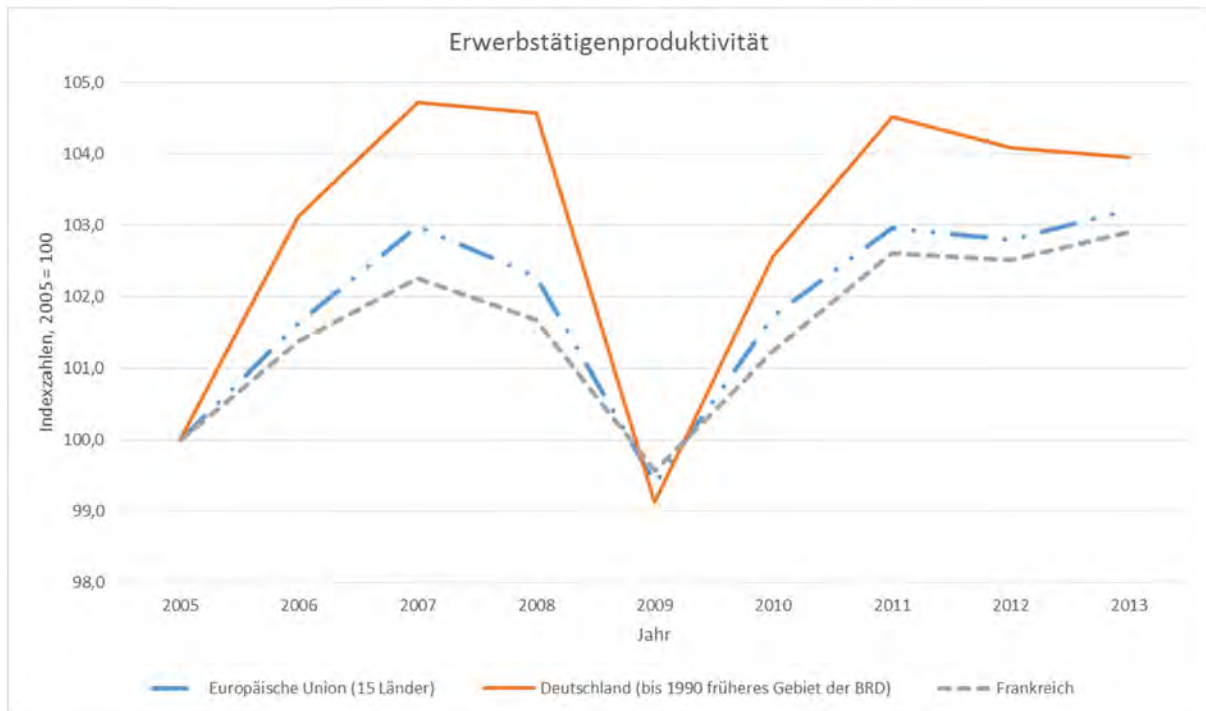
Was war verantwortlich für diese Entwicklung? Dass der positive Wachstumsbeitrag des Exportüberschusses in Deutschland und der negative des Exportdefizits in Frankreich auch auf unterschiedliche Strukturen und Traditionen zurückzuführen ist, wurde bereits erwähnt. Doch können Strukturen und Traditionen alleine nicht die Unterschiede erklären. Mag Deutschland auch noch so sehr durch eine exportfähige Maschinenbaustruktur und eine hohe Produktqualität gekennzeichnet sein – relevant für die Divergenz im Außenhandel ist sicherlich *auch* die unterschiedliche Entwicklung bei der preislichen Wettbewerbsfähigkeit. Diese wird am besten durch die nominalen Lohnstückkosten gemessen, die das nominale, zu laufenden Preisen berechnete Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer ins Verhältnis setzen zur Erwerbstätigenproduktivität.

Lohnstückkostenentwicklung im Vergleich

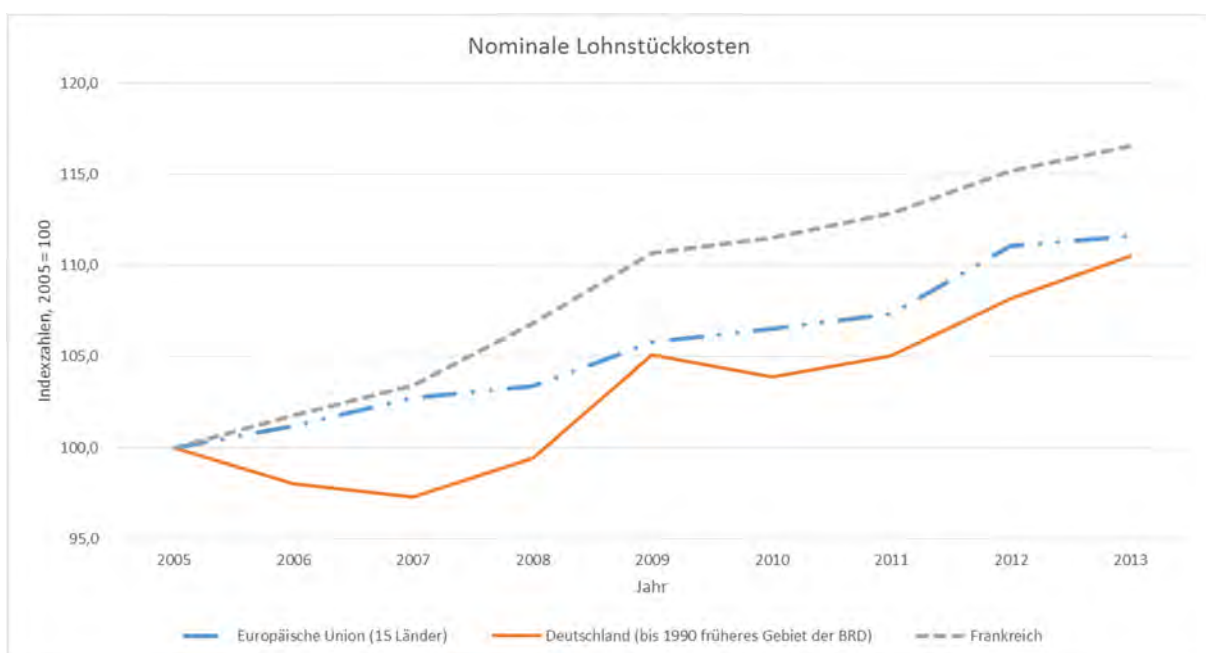
Wie hat sich das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer entwickelt? In Frankreich stieg dieses im Schnitt um 2,3% pro Jahr, in Deutschland um 1,8% pro Jahr. Auf den gesamten Zeitraum zwischen 2005 und 2013 ist somit das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in Frankreich um 19,9% gestiegen, in Deutschland jedoch nur um 14,9%. Gewiss sind Löhne ein wichtiger Faktor zur Stabilisierung der Binnenwirtschaft; umgekehrt wirken sie jedoch auch auf die Höhe der Preise von exportierbaren Gütern. Dass also aus der auseinanderklaffenden Lohnentwicklung eine Gefahr für die Wettbewerbsposition Frankreichs entstehen kann, dürfte klar sein.



Allerdings besagt die Entwicklung des Entgelts je Arbeitnehmer alleine noch nicht allzu viel. Sie muss ins Verhältnis zur Entwicklung der Erwerbstätigenproduktivität gesetzt werden, denn ein höheres Entgelt je Arbeitnehmer würde keinen Preisauftrieb bei exportierbaren Gütern erwirken, wenn es von einer höheren, preisbremsenden Erwerbstätigenproduktivität begleitet würde. Allerdings ist es Frankreich nicht gelungen, den Exportnachteil, der ihm durch Deutschlands niedrigeres Wachstum beim Entgelt je Arbeitnehmer bereitet wurde, durch eine erhöhte Steigerung der Erwerbstätigenproduktivität zu kompensieren. Im Gegenteil konnte Deutschland bereits vor 2008 höhere Wachstumsraten bei der Erwerbstätigenproduktivität erzielen. Und auch nachdem die große Krise Deutschlands Erwerbstätigenproduktivität kurzzeitig unter jene Frankreichs katapultiert hatte, zog Deutschland Frankreich wieder davon. So stieg die Erwerbstätigenproduktivität in Deutschland von 2009 bis 2013 insgesamt um 4,9% und im Jahr um 1,2%, wohingegen Frankreich Werte von insgesamt 3,4% und 0,8% im Jahr aufwies. Die Entwicklung der Arbeitsstundenproduktivität verlief ähnlich. Sie stieg in Deutschland von 2009 bis 2013 insgesamt um 4,7% und im Jahr um 1,2%, wohingegen Frankreich im selben Zeitraum mit Werten von insgesamt 3,2% und 0,8% im Jahr aufwartete.¹¹



Es verwundert daher nicht, dass die nominalen Lohnstückkosten, die die Entwicklungen von Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer und Erwerbstätigenproduktivität zueinander ins Verhältnis setzen, in Deutschland deutlich schwächer gestiegen sind als in Frankreich. Von 2005 bis 2013 stiegen die Lohnstückkosten in Deutschland insgesamt um 10,5% und um 1,3% im Jahr; in Frankreich beliefen sich diese Werte auf 16,6% im gesamten Zeitraum und 1,9% im Jahr. Berücksichtigt man, dass die nominalen Lohnstückkosten auch von zentraler Bedeutung für die Preissteigerungen einer Volkswirtschaft sind, zeigt sich hieran eine Tragödie: Frankreich hat mit einer Steigerung der Lohnstückkosten von 1,9% im Jahr (und einer Inflation von 1,6% im Jahr) ziemlich genau die Zielinflationsrate der EZB eingehalten – und zur „Belohnung“ musste Frankreich empfindliche Einbußen bei Außenhandel, Wachstum und Beschäftigung zugunsten von Deutschland erleiden.



Politische Ursachen der Divergenzen

Es wäre zu einfach und auch falsch, die Divergenzen zwischen Deutschland und Frankreich nur auf eine einzige Ursache zurückzuführen. Trotzdem hilft es, will man nicht den Wald vor lauter Bäumen übersehen, die Frage zu stellen, welche von allen Ursachen am stärksten zu den Divergenzen beigetragen hat. Es dürfte klar sein, dass wer die Antwort auf diese Frage gibt, voreingenommen ist: durch sein Vorverständnis, seine politische Einstellung, seine eigene Erfahrung, seine theoretische Verortung. Im Wissen darum soll hier dennoch eine Antwort versucht werden.

Die Hauptursache für die divergente Entwicklung zwischen Deutschland und Frankreich wird hier darin gesehen, dass Deutschland hohe Außenhandelsüberschüsse verzeichnet und Frankreich geringe oder gar Außenhandelsdefizite. Der Grund für diese unterschiedliche Position der beiden Länder im Außenhandel liegt darin, dass Deutschland eine niedrige Steigerung des Entgelts je Arbeitnehmer als Frankreich nicht nur zugelassen, sondern sogar aktiv befördert und damit seine Lohnstückkostenentwicklung nach unten getrieben hat. Diese politische Beförderung hat sich auf mehreren Wegen vollzogen. An erster Stelle sind die Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Regierung zu nennen, die nicht nur die Position von Erwerbslosen geschwächt, sondern aufgrund der aufgezümmten Repressionswirkungen des Sozialrechts auch die Ängste der Erwerbstätigen verstärkt und somit deren Kampfbereitschaft geschwächt haben.

Ergänzend wäre die fiskalpolitische Zurückhaltung der deutschen Regierungen zu nennen. Seit 1998 ff gab es mehrere Steuersenkungsprogramme, die zwar in den letzten Jahren nicht mehr fortgesetzt, aber auch nicht umgekehrt wurden. Unter dem Schlagwort der Lohnnebenkostensenkung wurde zudem allen Versuchen, Beitragssätze zu erhöhen, eine Absage erteilt. Schließlich wurde – gegen Logik, Theorie und Empirie – die Vermeidung von Staatsverschuldung zum naturgesetzlichen Ziel überhöht, denn – so der Mythos – ein Staat, der sich verschuldet, belastet stets die zukünftigen Generationen. Welche der fiskalpolitischen Grundausrichtungen auf der Einnahmenseite man auch nimmt, allen ist zu eigen, dass sie die Möglichkeiten expansiver staatlicher Ausgabenpolitik deutlich einschränken. Eine Politik aber, die lohnpolitische Zurückhaltung übt und sich fiskalpolitisch reserviert verhält, lenkt die deutschen Absatzwege nachgerade zwangsläufig auf den Außenhandel und schwächt damit die Exportchancen anderer Länder in Europa – schöne europapolitische Reden hin oder her. Offenbar ist die deutsche Regierung – und damit schließt sich der Kreis – auf Gedeih und Verderb gewillt, diese Richtung fortzusetzen, denn ihr neues Zauberwort lautet bekanntlich schwarze Null. Der Schwerpunkt deutscher Politik wird dabei darauf gelegt, staatliche Neuverschuldung unter allen Umständen zu vermeiden. Wie aber hängen Bruttoinlandsprodukt, Staatsverschuldung und Export eigentlich zusammen? Dieser Frage wird im Folgenden nachgegangen.

Verwendungsrechnung am Beispiel Deutschlands 2011

Das im Inland nachfragbare Angebot an Güter setzt sich aus dem BIP Y und den importierten Gütern M zusammen. Das Angebot kann nachfrageseitig verwendet werden als Konsumgüter C , Investitionsgüter I , Staatsverbrauch G oder Export X .¹²

$$Y + M = C + I + G + X$$

Durch einige Umstellungen, die im Anhang dokumentiert werden, lässt sich folgender Zusammenhang ableiten:

$$\underbrace{(L_n + P_{n_{The}} + Z_U - C)}_{HH-Ersparnis} + \underbrace{(P_{n_{The}} - I_{Nto})}_{UN-Ersparnis} = \underbrace{(G_{reg} - T_{dir} - T_{indir})}_{Staatsprimärdefizit} + \underbrace{(NKE - TV)}_{bereinigter Nettokapitalexport}$$

Die Ersparnis der Haushalte plus Ersparnis der Unternehmen entspricht der Summe aus Staatsverschuldung und um Transfers und Vermögensübertragungen bereinigtem Nettokapitalexport.

Finanzierungssalden in Deutschland und Frankreich (in Mio. €)									
Land	Sektor	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	Private Haushalte i. w. S.	144.700	136.800	136.200	137.000	151.400	149.000	130.700	136.500
	Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	16.480	13.810	24.180	-12.520	60.760	76.280	27.390	35.980
	Finanzielle Kapitalgesellschaften	25.370	37.600	17.020	27.860	6.060	37.850	22.580	11.290
	Staat	-74.120	-38.240	5.540	-1.840	-73.580	-104.300	-21.450	2.260
	Übrige Welt	-112.430	-149.970	-182.940	-150.500	-144.640	-158.830	-159.220	-186.030
Frankreich	Private Haushalte i. w. S.	54.795	56.321	60.789	63.392	94.247	90.078	88.638	81.710
	Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	-31.327	-38.963	-37.677	-57.999	-15.781	-13.440	-57.805	-57.627
	Finanzielle Kapitalgesellschaften	16.657	10.947	4.647	22.853	31.216	25.270	25.619	29.648
	Staat	-50.957	-42.726	-51.899	-64.625	-142.630	-137.326	-105.856	-98.251
	Übrige Welt	10.831	14.420	24.139	36.379	32.947	35.418	49.405	44.519

Nominales BIP und Nachfragekomponenten in Deutschland und Frankreich (in Mio. €)									
Land	Größe	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	BIP	2.224.400,0	2.313.900,0	2.428.500,0	2.473.800,0	2.374.200,0	2.495.000,0	2.609.900,0	2.666.400,0
	Privatkonsum	1.306.980,0	1.339.540,0	1.356.730,0	1.389.620,0	1.392.570,0	1.435.090,0	1.498.350,0	1.533.870,0
	Staatsverbrauch	417.300,0	424.690,0	434.040,0	451.920,0	475.290,0	487.180,0	499.580,0	514.350,0
	Bruttoinvestitionen	384.130,0	419.620,0	467.750,0	476.430,0	389.620,0	432.530,0	476.320,0	460.270,0
	Außenbeitrag	115.990,0	130.050,0	169.980,0	155.830,0	116.720,0	140.200,0	135.650,0	157.910,0
Frankreich	BIP	1.718.047,0	1.798.115,3	1.886.792,1	1.933.195,0	1.885.761,9	1.936.719,7	2.001.398,0	2.032.296,8
	Privatkonsum	977.686,1	1.020.034,0	1.065.936,0	1.099.649,0	1.095.663,0	1.125.082,0	1.155.264,0	1.172.276,9
	Staatsverbrauch	408.146,9	421.742,0	435.652,0	449.934,0	467.210,0	481.828,0	489.971,0	502.729,0
	Bruttoinvestitionen	343.093,2	375.138,5	414.417,1	424.301,0	357.346,0	373.634,0	415.472,0	402.338,0
	Außenbeitrag	-10.879,0	-18.799,0	-29.213,0	-40.689,0	-34.456,0	-43.824,0	-59.309,0	-45.047,0

Machen wir uns das am Beispiel Deutschlands im Jahre 2011 klar. Das BIP zu laufenden Preisen betrug in diesem Jahr 2.609.900 Mio. €. Hiervon entfielen 1.498.350 Mio. € auf den Konsum, 499.580 Mio. € auf den Staatsverbrauch, 476.320 Mio. € auf Bruttoinvestitionen und 135.650 auf den Außenbeitrag. Deutschland hat also mehr produziert, als es selber nachgefragt hat – der bewertete Produktüberschuss ging als Außenbeitrag ins Ausland. Aus dieser Konstellation ergaben sich nachfolgende Finanzierungssalden.

Die Ersparnis der privaten Haushalte¹³ betrug 130.700 Mio. €. Werden diese nicht verausgabten Einkommensbestandteile nicht anderweitig nachgefragt, wird das ungenutzte Produkt langfristig nicht mehr produziert. Hilfe ist aber womöglich durch die Unternehmen zu erwarten, sofern diese mehr ausgeben, als sie an Gewinnen verfügbar haben. Doch auch dieser Weg funktioniert in Deutschland nicht. Denn auch die Unternehmen sparen, indem sie nicht alle Gewinne der Vergangenheit für Investitionen ausgeben. 2011 betrug die Ersparnis der nicht-finanziellen Kapitalgesellschaften 27.390 Mio. €, jene der finanziellen Kapitalgesellschaften¹⁴ 22.580 Mio. €; in Summe belief sich die Ersparnis der Unternehmen auf 49.970 Mio. €. Rechnen wir die Ersparnisse der Haushalte hinzu, ergab sich eine Ersparnis von 180.670 Mio. €.

Wenn nun aber sowohl die Haushalte als auch die Unternehmen per Saldo gespart haben, wer hat dann die Ersparnisse durch Verschuldung nachgefragt und somit die Nachfrage erzeugt, damit auch alle produzierten Güter und Dienstleistungen abgenommen wurden? Hier bot sich der Staat an. Dieser hat 2011 mehr ausgegeben, als ihm selber an regulären Einnahmen zur Verfügung stand, also ein geringfügiges Primärdefizit von 21.450 Mio. € erzielt. Damit verblieb immer noch eine nicht nachgefragte Ersparnis von 180.670 Mio. € – 21.450 Mio. € = 159.220 Mio. €. Wer aber konnte diesen Rest an Ersparnis nachfragen, so dass die in Deutschland produzierten Produkte auch abgenommen wurden?

Der Weg bestand darin, dass das Ausland die Ersparnisse absorbierte, indem es mehr Güter und Dienstleistungen nachfragte, als es produzierte. Auf diese Weise „transportierte“ Deutschland einen um Transfers bereinigten Nettokapitalexport in Höhe von 159.220 Mio. € ins Ausland, und dieser korrespondierte in etwa dem Außenbeitrag.

Verwendungsrechnung am Beispiel Frankreichs 2011

Vollziehen wir dieselbe Betrachtung nun auch anhand von Frankreich. Das französische BIP zu laufenden Preisen betrug 2011 2.001.398 Mio. €. Hiervon gingen 1.155.264 Mio. € auf den Konsum, 489.971 Mio. € auf den Staatsverbrauch, 415.472 Mio. € auf Investitionen und -59.309 auf den Außenbeitrag. Anders als Deutschland hat Frankreich also weniger produziert, als es selber nachgefragt hat – der bewertete Importüberhang kommt als negativer Außenbeitrag aus dem Ausland. Aus dieser Konstellation ergeben sich nachfolgende Finanzierungssalden.

Die Ersparnis der privaten Haushalte betrug 88.638 Mio. €. Anders als in Deutschland haben die Unternehmen in Frankreich in Summe nicht gespart, also mehr als ihre Gewinne für Investitionen ausgegeben und sich somit verschuldet. 2011 betrug die negative Ersparnis der nicht-finanziellen Kapitalgesellschaften -57.805 Mio. € und die positive der finanziellen Kapitalgesellschaften¹⁵ 25.619 Mio. €; in Summe belief sich die Verschuldung der Unternehmen auf -32.186 Mio. €. Rechnen wir die Ersparnisse der Haushalte hinzu, ergab sich eine Ersparnis von 56.452 Mio. €. Da Frankreich einen negativen Außenbeitrag hat, hat es einen modifizierten Kapitalimport von 49.405 Mio. € zu verzeichnen, der wie zusätzliche Ersparnis wirkt. Folglich muss der französische Staat 105.856 Mio. € über Staatsverschuldung nachfragen.

Machen wir uns die Brisanz dieser Konstellation klar. Hat ein großes EU-Land wie Deutschland Exportüberschüsse, *müssen* andere Ländern Außenhandelsdefizite aufweisen, in diesem Falle Frankreich. In einem solchen Falle ist Frankreich geradezu gezwungen, die korrespondierenden Kapitalimporte über höhere Staatsverschuldung zu finanzieren. Verlangen dann die Finanzmärkte aufgrund gestiegener Staatsverschuldung höhere Zinsen auf Staatsschulden, verschärfen sich die Probleme. Diese Probleme resultieren aber nicht in schlechter Lohnpolitik in Frankreich, denn die Lohnstückkosten haben sich dort entsprechend der Zielinflationsrate der EZB entwickelt. Sie resultieren auch nicht oder nicht allein in unzureichender Haushaltspolitik Frankreichs, denn die höheren Staatsdefizite westlich des Rheins sind die Folge einer systemischen Konstellation, bei der Deutschland durch niedrige Lohnstückkosten und hohe Außenhandelsüberschüsse andere Länder gleichsam zwangsläufig zu höheren Staatsdefiziten treibt. Vor diesem Grund mag bereits deutlich geworden sein, dass eine Politik der schwarzen Null das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich belasten kann. Wie der Anpassungsprozess zwischen beiden Ländern verlaufen könnte, ist nun zu zeigen.

Wirkungen der schwarzen Null auf Deutschland, Frankreich und Europa

Gesetzt den Fall, der deutsche Staat würde dauerhaft ausgeglichene Haushalte oder gar Haushaltsüberschüsse anstreben: Was wäre die Folge? Unter sonst gleichen Bedingungen blieben infolge ausbleibender staatlicher Nachfrage zunächst Güter in den Lagern liegen oder Dienstleistungen unerledigt. Reagieren die Unternehmen auf diese Entwicklung mit Produktionseinschränkungen, wären Einbußen bei Produktion, Einkommen und Beschäftigung in Deutschland die Folge. Denn es ist nicht damit zu rechnen, dass die Unternehmen angesichts dieser Nachfragetendenz kompensatorisch mehr investieren, und bei gleichem verfügbaren Einkommen werden auch die Haushalte nicht mehr konsumieren.

Reagieren die deutschen Unternehmen nicht mit Produktionseinschränkungen, werden diese brachliegenden Güter und Dienstleistungen im Ausland angeboten, unter anderem in Frankreich. Dort wird dieses zusätzliche, aus Deutschland kommende Angebot bei gleichbleibender Nachfrage für Preissenkungen und für eine partielle Verdrängung französischer Anbieter durch deutsche sorgen. Der Import in Frankreich nähme zunächst zu, und damit würden die beschriebenen Probleme, denen sich Frankreich ausgesetzt sieht, potenziert: Probleme bei Wachstum, Beschäftigung, Staatsverschuldung. Es lässt sich also sagen, dass die deutsche schwarze Null das deutsch-französische Verhältnis sowie auch die EU als ganze gefährdet.

Allerdings sollten vier weitere mögliche Entwicklungen ins Visier genommen werden. Die erste besteht darin, dass die aggressive deutsche Exportstrategie das Wachstum anderen Länder in der EU derart bedroht, dass dort Produktion und Einkommen gefährdet werden, die französischen Importe trotz Nettokapitalimports schwächeln und somit auch der deutsche Export bedroht ist. In diesem Falle würde das aggressive Deutschland den Ast ansägen, auf dem es selber sitzt.

Die zweite Strategie besteht darin, dass Länder wie Frankreich die deutsche Strategie niedriger Lohnentwicklungen für bessere Außenhandelsbedingungen partiell kopieren, wie es Manuel Valls Regierung angekündigt hat. In diesem Falle würde ein Abwertungswettbewerb in Form innerer Abwertungen durch Lohnsenkungen einsetzen, bei dem die europäische Union in einen deflationären Strudel geriete und als ganze verlöre. Es würden die Potentiale des EU-Binnenmarktes empfindlich getroffen, und es ist nicht damit zu rechnen, dass eine verstärkte Exportstrategie der EU gegenüber den USA oder Südostasien auch nur annähernd hinreichen würde, diesem Abwärtstrend des EU-Binnenmarktes entgegen zu wirken.

Die dritte Strategie besteht darin, die Divergenzen beizubehalten und einen europäischen Transfermechanismus von Deutschland in den Rest der EU zu etablieren, der alle Divergenzen kurieren soll. So richtig solche Transfers und geldpolitischen Maßnahmen auch sind, gibt es aber ein dieses Verfahrens: Ihm wohnt die Tendenz inne, die zu leistenden Transfers und Maßnahmen an Bedingungen zu knüpfen, die der Transfergeber Deutschland vorgibt. Es liegt auf der Hand, dass eine dauerhafte Konstellation dieser Art Sprengstoff beinhaltet.

Die vierte Strategie besteht darin, dass Europa solidarisch gestärkt wird. Dies würde zum einen bedeuten, dass Deutschland endlich die Lohnsteigerungen zulassen und befördern müsste, die dringend notwendig sind. Zum anderen wäre eine demokratische europäische Staatlichkeit zu etablieren, deren finanzielle Zuweisungs- und Transfermechanismen auf solidarischen europäischen Praktiken und nicht auf nationalstaatlichen Vorgaben mit repressiver Konditionalität basieren würden. Dem soll hier das Wort geredet werden. Denn kommt es nicht hierzu, ist das Europa, das wir uns für Frieden, Freiheit, Solidarität und Gleichheit wünschen, akut gefährdet.

Anhang

Das im Inland nachfragbare Angebot an Güter setzt sich aus dem Bruttoinlandsprodukt Y und den importierten Gütern¹⁶ M zusammen. Das Angebot kann t werden als Konsumgüter C , Bruttoinvestitionsgüter I , Staatsverbrauch G oder Export X .¹⁷

$$Y + M = C + I + G + X$$

Nach Umstellung ergibt sich:

$$Y = C + I + G + (X - M)$$

Das BIP teilt sich auf in die Summe aus Bruttolöhnen L_b , Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen P_b , Abschreibungen A und mit den Subventionen verrechneten indirekten Steuern T_{indir} .

$$L_b + P_b + A + T_{indir} = C + I + G + (X - M)$$

Bruttolöhne und Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wiederum teilen sich auf in die entsprechenden Nettoeinkommen L_n und P_n und die direkten Steuern und Sozialabgaben T_{dir} .

$$L_n + P_n + A + T_{dir} + T_{indir} = C + I + G + (X - M)$$

Die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen können entweder im Unternehmen als thesaurierter Profit P_{n_The} einbehalten, an die Anteilseigner als Dividende P_{n_Div} ausgeschüttet oder als Zinseinkommen an Gläubiger seitens des Staats Z_S bzw. seitens der Unternehmen Z_U ausgezahlt werden.

$$L_n + P_{n_The} + P_{n_Div} + Z_S + Z_U + A + T_{dir} + T_{indir} = C + I + G + (X - M)$$

Die Investitionen teilen sich auf in Ersatzinvestitionen I_{Ers} und Nettoinvestitionen I_{Nto} . Die Staatsausgaben lassen sich aufgliedern in reguläre Staatsausgaben G_{reg} und staatliche Zinszahlungen G_{Zins} .

$$L_n + P_{n_The} + P_{n_Div} + Z_S + Z_U + A + T_{dir} + T_{indir} = C + I_{Ers} + I_{Nto} + G_{reg} + G_{Zins} + (X - M)$$

Die Ersatzinvestitionen I_{Ers} entsprechen den Abschreibungen A und die staatlichen Zinszahlungen G_{Zins} den Zinseinkommen Z_S , so dass sich ergibt:

$$L_n + P_{n_The} + P_{n_Div} + Z_U + T_{dir} + T_{indir} = C + I_{Nto} + G_{reg} + (X - M)$$

Nun stellen wir um.

$$(L_n + P_{n_The} + Z_U - C) + (P_{n_The} - I_{Nto}) = (G_{reg} - T_{dir} - T_{indir}) + (X - M)$$

Der Außenbeitrag $(X - M)$ entspricht dem Nettokapitalexport NKE abzüglich laufender Transfers und Vermögensübertragungen TV ,¹⁸ so dass folgt:

$$\underbrace{(L_n + P_{n_The} + Z_U - C)}_{HH-Ersparnis} + \underbrace{(P_{n_The} - I_{Nto})}_{UN-Ersparnis} = \underbrace{(G_{reg} - T_{dir} - T_{indir})}_{Staatsprimärdefizit} + \underbrace{(NKE - TV)}_{bereinigter Nettokapitalexport}$$

Dies können wir wie folgt deuten: Der erste Term ist in etwa die Ersparnis der Haushalte, die definiert ist als der Teil des Nettoeinkommens, der nicht für Konsum verausgabt wird. Der zweite Term ist ungefähr die Ersparnis der Unternehmen, die definiert ist als der Teil des einbehaltenen Gewinns, der nicht für Nettoinvestitionen verausgabt wird. Der dritte Term ist in etwa das staatliche Primärdefizit, das definiert ist als Überhang der regulären Staatsausgaben über die vereinnahmten Steuern und Abgaben. Der vierte Term ist ungefähr der um *TV* bereinigte Nettokapitalexport.

Es gilt also: Die Ersparnis der Haushalte plus Ersparnis der Unternehmen entspricht der Summe aus Staatsverschuldung und bereinigtem Nettokapitalexport.

¹ Merkel, Angela: Rede zur Eröffnung der Veranstaltung „Europe 14/14 – HistoryCampus Berlin“ am 07. Mai 2014, URL: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2014/05/2014-05-07-merkel-maxim-gorki-theater.html>.

² Merkel, Angela: Rede bei der Gedenkveranstaltung zum 50. Jahrestag der Versöhnungsmesse am 08. Juli 2012, URL: <http://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Reden/2012/07/2012-07-09-merkel-reims.html>.

³ Das Zitat wurde entnommen und durch mich übersetzt aus Flassbeck, Heiner: Oettinger führt Juncker und Moscovici vor, URL: <http://www.flassbeck-economics.de/oettinger-fuehrt-juncker-und-moscovici-vor/>.

⁴ Vgl. ebenda.

⁵ Vgl. hierfür den Artikel aus Le Point, URL: http://www.lemonde.fr/economie/article/2014/11/28/selon-m-moscovici-l-option-des-sanctions-contre-la-france-reste-ouverte_4531123_3234.html. Die Zitate wurden durch mich übersetzt.

⁶ Ich danke einer mir wichtigen Person aus meinem Freundeskreis für sehr wertvolle Hinweise.

⁷ Vgl. hierfür folgenden Artikel aus Le Point, URL: http://www.lepoint.fr/economie/valls-le-budget-est-le-milleur-equilibre-entre-serieux-budgetaire-et-relance-28-11-2014-1885279_28.php

⁸ Der Brief findet sich hier zum Download, URL: http://www.slideshare.net/login?from=download&from_source=%2Fsavedfiles%3Fs_title%3Dfr-2014-1121governmentletteren%26user_login%3Dlesechos2&download_id=42125077-8a8dc909142eb3e2d3d4372689be80fa67a07a05-sli-deshow&embed=external.

⁹ Gearbeitet wird mit den Eurostat-Daten des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf Basis der Klassifikationen von 1995 (ESVG 95), da die Daten des ESVG 2010 in geringerem Umfang zur Verfügung stehen.

¹⁰ Alle zugrunde liegenden statistischen Werte entstammen Eurostat. Die Aufbereitung, Berechnung, Erstellung von Tabellen und Grafiken gehen auf meine Rechnung.

¹¹ Dass in beiden Ländern die Arbeitsstundenproduktivität leicht schwächer stieg als die Erwerbstätigenproduktivität, deutet darauf hin, dass ein Teil des Beschäftigungszuwachses in beiden Ländern auf reduzierte Arbeitszeiten, vermutlich auch in Folge von Prekarisierung, zurückzuführen ist. Indes ist zu beachten, dass sich die Arbeitsstundenproduktivität nur auf Arbeitnehmer bezieht, die Erwerbstätigenproduktivität hingegen auf alle Erwerbstätigen.

¹² Natürlich gibt es auch Nachfrage nach Vorleistungen, aber diese Nachfrage ist in den Endgütern wertmäßig mit enthalten und darf nicht doppelt gezählt werden. Genau genommen wird der Wert der Vorleistungen aus dem Produktionswert der Endgüter herausgerechnet, so dass sich die Wertschöpfung der Endgüter ergibt, die in der Entstehungsrechnung der VGR um die Wertschöpfung der Vorleistungen ergänzt wird.

¹³ Präziser müsste man von privaten Haushalten und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck reden.

¹⁴ Der von Eurostat eingeführte Begriff der Kapitalgesellschaft ist nicht identisch mit dem in Deutschland geläufigen. Zu verstehen sind darunter nicht nur AG, GmbH und KGaA, sondern auch Personengesellschaften wie OHG, KG oder Einzelunternehmen. Nichtfinanzielle Gesellschaften sind Unternehmen, die Güter für den Markt produzieren oder nichtfinanzielle Dienste für den Markt bereitstellen. Finanzielle Gesellschaften umfassen alle privaten und öffentlichen Unternehmen, die in finanzieller Aktion und Intermediation engagiert sind wie etwa Banken, Investmentfonds, Versicherungen und Rentenfonds.

¹⁵ Der von Eurostat eingeführte Begriff der Kapitalgesellschaft ist nicht identisch mit dem in Deutschland geläufigen. Zu verstehen sind darunter nicht nur AG, GmbH und KGaA, sondern auch Personengesellschaften wie OHG, KG oder Einzelunternehmen. Nichtfinanzielle Gesellschaften sind Unternehmen, die Güter für den Markt produzieren oder nichtfinanzielle Dienste für den Markt bereitstellen. Finanzielle Gesellschaften umfassen alle privaten und öffentlichen Unternehmen, die in finanzieller Aktion und Intermediation engagiert sind wie etwa Banken, Investmentfonds, Versicherungen und Rentenfonds.

¹⁶ Genau genommen, handelt es sich sowohl um importierte Endgüter als auch um importierte Vorleistungen. Leichter vorstellbar, aber nicht ganz richtig ist die Idee, es handele sich um importierte Endgüter.

¹⁷ Natürlich gibt es auch Nachfrage nach Vorleistungen, aber diese Nachfrage ist in den Endgütern wertmäßig mit enthalten und darf nicht doppelt gezählt werden. Genau genommen wird der Wert der Vorleistungen aus dem Produktionswert der Endgüter herausgerechnet, so dass sich die Wertschöpfung der Endgüter ergibt, die in der Entstehungsrechnung der VGR um die Wertschöpfung der Vorleistungen ergänzt wird.

¹⁸ Genau genommen müssten vom Außenbeitrag die laufenden Transfers und Vermögensübertragungen abgezogen werden, um zum Nettokapitalexport zu kommen, aber diese Ungenauigkeit wird hier in Kauf genommen.